

## ZEW-Gründungsdirektor Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König gestorben



■ Wir trauern um Professor Dr. Dr. h. c. Heinz König. Kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahrs ist er am Mittwoch, den 20. November 2002, in Mannheim gestorben. Das ZEW verliert mit Heinz König nicht nur seinen wissenschaftlichen Gründervater, sondern zudem einen herausragenden Wissenschaftler, der dem Institut auch nach seinem Ausscheiden als wissenschaftlicher Leiter bis zuletzt als Forschungsprofessor und Berater in wissenschaftlichen und strategischen Fragen eng verbunden war. Die Wirtschaftswissenschaften in Deutschland verlieren mit ihm einen ihrer führenden Ökonomen. Er hat die ökonometrische Forschung in Deutschland entscheidend vorangetrieben. Er brachte seinen Sachverstand in zahlreiche wissenschaftliche

und wirtschaftspolitische Gremien und Kommissionen auf nationaler und internationaler Ebene ein.

Das ZEW verdankt Heinz König außerordentlich viel. Er leitete das Forschungsinstitut von seiner Gründung 1991 bis zum April 1997. Dabei brachte er ein weit über das normale Maß hinausgehendes Engagement ein, indem er neben seiner Forschungs- und Lehrtätigkeit als Professor an der Universität Mannheim zusätzlich das ZEW als ein neues Institut für empirische Wirtschaftsforschung aufbaute. Neben Forschung

und Lehre waren ihm der Wissenstransfer von Forschungsergebnissen und die Politikberatung auf wissenschaftlich fundierter Basis ein besonderes Anliegen.

In der Aufbauphase verhalf Heinz König dem ZEW durch sein wissenschaftliches Renommee, seine Erfahrung als Wissenschaftsmanager und seinen Blick für engagierte und wissenschaftlich hochtalentiertere Mitarbeiter zur heutigen Stellung in der deutschen Forschungslandschaft. Eindrucksvoll bestätigt wurden seine Leistungen durch den Wissenschaftsrat, der bei seiner Evaluation des Instituts 1998 feststellte, dass das ZEW sich zu einem Kompetenzzentrum für die anwendungsbezogene Wirtschaftsforschung in Deutschland entwickelt habe. Das ist vor allem sein Verdienst.

Sein wissenschaftlicher Werdegang führte Heinz König nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität Mainz, der Promotion dort 1953 sowie der Habilitation 1958 an der Universität Münster als Rockefeller-Stipendiat in die USA, an das MIT, die Harvard-Universität und die Stanford-Universität. Anschließend lehrte er Wirtschaftswissenschaften und Statistik an der Universität Münster. Von 1962 bis zu seiner Emeritierung im Februar 1996 war er ordentlicher Professor an der Universität Mannheim. Zwischen 1968 und 1973 war er Dekan der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften und von 1969 bis 1996 Direktor des Instituts für Volkswirtschaftslehre und Statistik. Die Position des Rektors der Universität Mannheim hatte er von 1979 bis 1982 inne. An verschiedenen ausländischen Universitäten war Heinz König als Gastprofessor tätig. Die Universität Tübingen verlieh ihm die Ehrendoktorwürde. ◀

*Prof. Dr. Wolfgang Franz*

### In dieser Ausgabe

ZEW-Gründungsdirektor	
Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König gestorben	.. 1
Lohnaufschwemmung beeinträchtigt	
Beschäftigungswachstum	..... 2
ZEW-Workshop	..... 3, 4
ZEW-Seminar;	
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	..... 5
ZEW-Neuerscheinungen;	
ZEW-Termine	..... 6
Daten und Fakten	..... 7
Standpunkt	..... 8

## ZEW-Forschungsergebnisse

# Lohnaufschwemmung beeinträchtigt Beschäftigungswachstum

Eine aktuelle Studie des ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich zeigt, dass Fehlfunktionen auf dem Arbeitsmarkt zu einem geringeren Beschäftigungswachstum führen können. Liegt beispielsweise der tatsächlich realisierte Lohn über dem Wettbewerbslohn bei Vollbeschäftigung, schränkt dies nicht nur das Beschäftigungswachstum im laufenden, sondern auch in den darauffolgenden Jahren ein.

■ Eine neue Methode, mit der sich der Einfluss der Löhne auf die Beschäftigung abschätzen lässt, hat das ZEW in Zusammenarbeit mit der Universität Zürich im Rahmen des DFG-Projektes „Flexibilisierung des Arbeitsentgeltes aus ökonomischer und juristischer Sicht“ entwickelt. Die Methode basiert auf dem Konzept der Lohnaufschwemmung. Sie wurde im Unterschied zu früheren Studien auf der Basis von Individualdaten abgeschätzt.

Die Lohnaufschwemmung ist die Differenz zwischen dem tatsächlichen Lohn und dem Wettbewerbslohn, der sich bei Abwesenheit von Lohnstarrheiten, verursacht etwa durch „zu hohe“ Tarifabschlüsse, ergeben hätte. Nach diesem Konzept bedeutet beispielsweise eine durchschnittliche Lohnaufschwemmung von fünf Prozent, dass die tatsächlichen Löhne fünf Prozent über dem Wettbewerbslohn liegen.

Der Lohn, der sich bei Abwesenheit von Fehlfunktionen auf dem Arbeitsmarkt einstellt, ist nicht beobachtbar. Für die ZEW-Studie wurde dieser so genannte kontrafaktische Lohn auf der Basis eines mikroökonomischen Modells mit den Individualdaten der IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975

bis 1995 geschätzt. Die tatsächlichen Löhne wurden mit den hypothetischen Wettbewerbslöhnen verglichen. Daraus wurde das Ausmaß der Lohnaufschwemmung auf individueller und sektoraler Ebene für 63 Sektoren der privaten Wirtschaft (ohne Staat und Landwirtschaft) geschätzt.

### Auswirkung auch in Folgejahren

Lohnstarrheiten, die zu Reallohnerhöhungen im laufenden Jahr  $t$  führen, beeinflussen die Beschäftigung nicht nur in diesem Jahr  $t$ . Vielmehr bringen sie unternehmerische Anpassungsreaktionen in Gang, die in die Zukunft reichen. Es braucht Zeit, bis sich die Unternehmen an die Lohnerhöhung durch den Abbau von Beschäftigten angepasst haben. In den Schätzungen wurde daher der Zusammenhang zwischen der Lohnaufschwemmung, die sich vom Vorjahr  $t-1$  zum laufenden Jahr  $t$  aufgebaut hat, und dem ein-, zwei-, drei- und vierperiodigen Beschäftigungswachstum analysiert.

Die Ergebnisse zeigen, dass zwischen der Lohnaufschwemmung und dem gleichzeitigen Beschäftigungswachstum ein negativer Zusammenhang von 0,49 besteht. Eine um einen Prozentpunkt

höhere Lohnaufschwemmung in einem Sektor reduziert demnach das Beschäftigungswachstum um 0,49 Prozentpunkte. Der Effekt verstärkt sich und erreicht im zweiten Jahr mit dem negativen Wert von 0,61 einen Höhepunkt. Im dritten Jahr flacht er wieder ab. Das heißt die durchschnittliche Wachstumsrate der Beschäftigung in diesem Sektor ist in den folgenden zwei Jahren pro Jahr um 0,61 Prozentpunkte niedriger, wenn die mittlere Lohnaufschwemmung zwischen dem Vorjahr  $t-1$  und dem laufenden Jahr  $t$  in einem Sektor um einen Prozentpunkt höher liegt.

Lohnstarrheiten setzen demnach Anpassungsprozesse in Gang, deren negative Beschäftigungseffekte sich erst mit zeitlicher Verzögerung voll entfalten. Zwar könnten die längerfristig negativen Auswirkungen in weiteren, in der Regel jährlich stattfindenden, Tarifverhandlungsrunden wieder gemildert werden. Dies scheint aber im Beobachtungszeitraum 1977 bis 1995 in Westdeutschland nicht der Fall gewesen zu sein. Fehlfunktionen auf Arbeitsmärkten sind demnach für die mangelnde Beschäftigungsdynamik in Deutschland mitverantwortlich. ◀

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, [pfeiffer@zew.de](mailto:pfeiffer@zew.de)

14.-15. März 2003 am ZEW Mannheim

### ZEW-Workshop: Empirical Economics of Innovation and Patenting

Das ZEW möchte mit diesem Workshop Wissenschaftler zusammenbringen, die empirische ökonomische Forschung mit Daten von Innovationserhebungen oder mit Patentdaten betreiben. Eingeladene Referenten sind Bronwyn H. Hall, Dietmar Harhoff, Alfred Kleinknecht, Jacques Mairesse, Pierre Mohnen, Mark Schankerman und Frederic M. Scherer.

Arbeiten aus allen Gebieten der empirischen Innovations- und Patentforschung sind willkommen.

**Frist zur Einreichung eines erweiterten, dreiseitigen Abstracts: 15. Dezember 2002.**

Frist zur Anmeldung der Teilnahme: 31. Januar 2003 (Zahl der Teilnehmer ist begrenzt).

Information: [www.zew.de/innovation-patenting](http://www.zew.de/innovation-patenting) oder Dr. Norbert Janz, Telefon 0621/1235-171, E-Mail [janz@zew.de](mailto:janz@zew.de)

## ZEW-Workshop

### Integration von Umwelt- und Innovationspolitik in Europa: Die Wirkungen des „Cardiff-Prozesses“ sind bislang schwach

■ Instrumente zur besseren Integration von Umwelt- und Innovationspolitik standen im Mittelpunkt des dritten Workshops des thematischen Netzwerks „Blueprints for an Integration of Science and Technology Policy“ (Blueprint). Das Netzwerk wird von der EU-Kommission gefördert und vom ZEW koordiniert. Ausgewertet wurden auf der Konferenz unter anderem die praktischen Erfahrungen mit dem so genannten Cardiff-Prozess, der auf europäischer Ebene Umweltpolitik in andere Politikbereiche integrieren soll.

#### Umweltschutz wird häufig als Querschnittsaufgabe verkannt

Eine kritische Bilanz der Integration von Umweltpolitik und des Cardiff-Prozesses im Besonderen zog Julia Hertin von der Science and Technology Policy Research Unit (SPRU) der Universität Sussex. Der Ruf nach integrierter Umweltpolitik sei so alt wie die Umweltministerien, denn die Beschränkung auf ein Ressort verkenne Umweltschutz als Querschnittsaufgabe und verhindere Innovationen im Umweltschutz. Aus der Kritik der mangelnden Integration von Umweltaspekten in andere Politikbereiche entstanden in den Neunzigerjahren auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten verschiedene Strategien und Initiativen. So schuf Großbritannien ein Superministerium für Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung. In zahlreichen anderen Ländern wurden interministerielle Arbeitsgruppen zu Umweltthemen ins Leben gerufen. Manche Mitgliedstaaten wiederum zentralisierten die Umweltpolitik mit nationalen und langfristigen „Umweltpolitikplänen“. Pioniere dieser Strategie waren die Niederlande. Auf europäischer Ebene wurde wiederum ein anderer Weg gewählt: Der Europäische Rat beauftragte 1998 in Cardiff die Schlüsselressorts der EU-Kommission, eigene Integrationsstrategien zu erarbeiten und parallel dazu Indikatoren für das Monitoring dieser Sektorstrategien zu entwickeln. Hertin bewertete die bisherigen Ergebnisse des daraus re-

sultierenden Cardiff-Prozesses insgesamt als enttäuschend. Zwar hätten die Generaldirektionen Dokumente zur Politikintegration vorgelegt, diese seien jedoch sehr heterogen und vage. Es fehle an klaren Zielen, Indikatoren und Zeitplänen. Als positive Ausnahme seien lediglich die Berichte der Sektoren Energie und Transport zu nennen.



Rupert Willis von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission bestätigte in seinem Kommentar weitgehend die Analyse der SPRU-Studie, warb jedoch um Verständnis. Er betonte, dass der Cardiff-Prozess in einigen Sektoren durchaus ein Umdenken eingeleitet habe. Gerade dort, wo die Ergebnisse noch mangelhaft seien, herrsche großer Nachholbedarf in Umweltfragen, und der Prozess des Umdenkens stehe erst am Anfang. Willis bemängelte aber ebenfalls die fehlende übergeordnete Koordination und Zielgerichtetheit des Prozesses.

Den Handel mit Emissionsrechten als Alternative für eine bessere Verzahnung von Umwelt- und Innovationspolitik diskutierte Axel Michaelowa vom Hamburger Weltwirtschaftsarchiv. Er nannte Politikintegration als Erfolgsfaktor für Emissionshandel. Wenn Emissionsrechte zugeteilt werden und durch ihre Handelbarkeit ein Markt entsteht, dann, so der Grundgedanke dieses Instruments, werden Unternehmen aus eigenem Interesse neue Umwelttechnologien entwickeln. Zurück-

haltung zeigte diesbezüglich Peter Zapfel von der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission. Der Aspekt des umwelttechnischen Fortschritts sei in der Instrumentendebatte bislang zu wenig beachtet worden. Die Erfahrungen mit dem SO<sub>2</sub>-Emissionshandel in den USA seien nicht ausreichend, um eine Aussage darüber zu treffen, ob die Innovationswirkungen des

Emissionshandels denen anderer Instrumenten überlegen seien. Große Hoffnungen in die Wirkungen des Emissionshandels auf umwelttechnischen Fortschritt setzte dagegen Christiaan Vrolijk von Nat-source, einem im SO<sub>2</sub>-Emissionshandel erfahrenen Brokerhaus. Je stärker der Emissionshandel mit ehrgeizigen Umweltzielen verknüpft werde, desto größer sei der Anreiz zu Innovationen.

Der Umweltminister von Oklahoma, Brian Griffin, stellte das Modell eines „Zwischenstaatlichen Technologie- und Regulierungsrates“ zur Diskussion, der in den USA die Verbreitung von Umwelttechnologien zwischen den Bundesstaaten unterstützt. Nicholas Ashford vom Massachusetts Institute of Technology präsentierte einen technologieorientierten Regulierungsansatz zur Stimulierung von umwelttechnischem Fortschritt.

Alle Beiträge des Workshops und ein Synthesebericht können im Internet unter [www.blueprint-network.net](http://www.blueprint-network.net) heruntergeladen werden. ◀

Dr. Klaus Rennings, [rennings@zew.de](mailto:rennings@zew.de)

## ZEW-Workshop

### Individualdaten zum Arbeitsmarkt: Chance zum verbesserten Datenzugang nutzen

■ Nach Jahren einer intensiven Debatte zwischen Arbeitsmarktforschern, dem Bundesministerium für Arbeit (BMA, jetzt BMWA) und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) eröffnet sich den Arbeitsmarktforschern eine Chance zum verbesserten Datenzugang, die es zu nutzen gilt. Darin waren sich die Teilnehmer des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) initiierten Rundgesprächs über Individualdaten zum Arbeitsmarkt weitgehend einig. Zum Rundgespräch hatte das ZEW renommierte empirische Arbeitsmarktforscher als Datennutzer, Vertreter der BA, des Statistischen Bundesamtes und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) als Datenproduzenten beziehungsweise -verwalter sowie Vertre-



ter verschiedener Bundesministerien als Genehmigungsbehörden und Auftraggeber für empirische Studien nach Mannheim eingeladen.

Am ersten Tag des Rundgesprächs berichtete Gerd Ronning (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, IAW) über ein noch laufendes Projekt, in dem der Informationsverlust durch die faktische Anonymisierung von Individualdaten auf der Unternehmensebene gemessen werden soll. Joachim Wagner (Universität Lüneburg) beschrieb die Nutzungsmöglichkeit der zu Panels verknüpften Daten aus den Erhebungen der amtlichen Statistik in Industriebetrieben, die schon für eine Vielzahl von Bundesländer vorliegen.

Holger Meinken (BA) stellte das BA-Beschäftigtenpanel dar, und Stefan Bender (IAB) präsentierte den IAB Linked Employer-Employee Datensatz.

Arbeitsnachfrage und technisch-organisatorischen Wandel untersuchte Reinhard Hujer (Universität Frankfurt) zusammen mit Marco Caliendo und Dubravko Radic mit Hilfe des IAB-Betriebspanels.



Hujers Fazit: Zukünftige Arbeiten sollten besser auf Linked Employer-Employee Panel-Datensätze zurückgreifen, um die Aussagefähigkeit der Ergebnisse zu erhöhen. Bernd Fitzenberger (Universität Mannheim und ZEW) stellte seine Untersuchungen zum Vergleich der Verdienstruktur in Westdeutschland auf der Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung des Statistischen Bundesamtes und der IAB-Beschäftigtenstichprobe vor.

Am zweiten Tag des Rundgesprächs referierte Michael Lechner (Universität St. Gallen) über die zukunftsweisende Datensituation in der Schweiz. Nicht nur der Umfang der Variablen, sondern auch der forscherefreundliche Zugang zu Individualdaten habe Vorbildcharakter, meinte Lechner. Der Datenschutz sei durch hohe Konventionalstrafen bei Missbrauch gewährleistet. Christoph M. Schmidt (Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, RWI), erläuterte die methodische Notwendigkeit retrospektiver Längsschnittdaten und machte Vorschläge für die praktische Umsetzung. In die gleiche Richtung ziel-

te die von Hilmar Schneider (Institut zur Zukunft der Arbeit, IZA) entwickelte These, dass weniger die Erhebung neuer Daten als vielmehr die sinnvolle Verknüpfung bestehender Daten wichtig sei. Erst dann werde der Längsschnittcharakter der Daten nutzbar.

Im eigentlichen Rundgespräch verdeutlichte Stefan Bender (IAB) die bereits bestehenden Datenzugänge zum Beispiel über Scientific Use Files, die Schalterstelle, Sonderauswertungen und Informationsaufenthalte am IAB. Das Forschungszentrum in der Bundesanstalt für Arbeit solle nach den bisherigen Planungen zum 1. Januar 2003 seine Arbeit aufnehmen. Fitzenberger betonte, dass sich Scientific Use File, Forschungszentrum und Public Use File ergänzten. Der Datenzugang solle einfach, flexibel und liberal gestaltet sein. Bei Missbrauch sollten – analog zur Schweiz – hohe Strafen drohen.

#### Engpässe überwinden

Das DFG-Rundgespräch hat gezeigt, dass der Erkenntnisgewinn durch empirische Arbeitsmarktstudien auf der Basis von Individualdaten durch eine gemeinsame Anstrengung von Datenproduzenten, Datennutzern und Bundesministerien deutlich gesteigert werden kann. Inzwischen sind die Genehmigungswege kurz, viele grundsätzliche Datenschutzprobleme sind gelöst, und konkrete Schritte hin zu einem Forschungsdatenzentrum in der BA sind unternommen worden. Als Engpass wurden die knappen personellen Ressourcen und die Verfügbarkeit fachspezifischer Analysesoftware bei einzelnen Datenproduzenten identifiziert – ein Problem, das sich bei verstärkter Nutzung der Individualdaten verschärfen würde, jedoch durch die Einstellung zusätzlichen Personals und die Anschaffung von Software lösbar erscheint. Dann hätte die Forschung über Arbeitsmarktfragen en passant einige qualifizierte Arbeitsplätze geschaffen. ◀

*Prof. Bernd Fitzenberger Ph.D.;*

*Prof. Dr. Wolfgang Franz, franz@zew.de;*

*PD Dr. Alexander Spermann, spermann@zew.de*



## ZEW-Seminar

### Zum Zusammenhang von Arbeitsangebot von Frauen und Lohnstruktur

■ Am 22. Oktober 2002 referierte David Autor, Pentti J.K. Kouri Assistant Professor am MIT, über den Einfluss der Partizipationsentscheidung am Arbeitsmarkt von Frauen auf die Löhne der Männer, die Löhne der Frauen und die Lohndispersion der Männer in den Jahren 1940, 1950 und 1960 in den USA. Grundlage des Vortrags war ein gemeinsames Papier mit Daron Acemoglu und David Lyle: „Women, War and Wages: The Effect of Female Labor Supply on the Wage Structure at Mid-Century“.

Obwohl immer mehr Frauen berufstätig sind, gibt es erst wenige Erkenntnisse darüber, wie sich dies auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Grund für die dürftige Erkenntnislage ist, so die Autoren, dass die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt sowohl von Angebots- als auch von Nachfrageeffekten bestimmt wird, die Trennung beider Effekte in ökonomischen Modellen aber nur schwer zu fassen ist. Die Autoren nutzen die unterschiedlichen Mobilisierungsraten amerikanischer Bundesstaaten während des Zweiten Weltkriegs als Quelle exoge-



Professor David Autor

ner Variation des Arbeitsangebots von Frauen zur Identifikation der Effekte. Dieses Vorgehen erlaubt es, von einer kausalen Beziehung zwischen dem durch die Mobilisierung induzierten Arbeitsangebot von Frauen und den veränderten Lohnstrukturen zu sprechen.

Die empirische Analyse zeigt, dass ein höheres Arbeitsangebot von Frauen so-

wohl die Löhne der Frauen als auch die Löhne der Männer verringert. Die Auswirkungen auf die Löhne der Frauen sind jedoch stärker, was dafür spricht, dass die Arbeit von Frauen und Männern unvollkommenes Substitut ist. Die Untersuchung zeigt auch, dass der Effekt des höheren Arbeitsangebots der Frauen auf die Löhne der Männer unterschiedlich über die Einkommensverteilung der Männer ausgeprägt ist: Die Ungleichverteilung der Löhne zwischen Männern mit College- und Highschool-Abschluss steigt, wohingegen die Lohndispersion zwischen Männern mit Highschool-Abschluss und denen mit geringerer Schulbildung sinkt. Die durch die Kriegsmobilisierung in den Arbeitsmarkt gedrängten Frauen scheinen somit engere Substitute für die Arbeitskraft der Männer mit einem mittleren Qualifikationsniveau zu sein als für Männer mit höheren oder niedrigeren Bildungsabschlüssen. Insgesamt zeigt die Analyse Autors, dass die Berufstätigkeit der Frauen die Ungleichverteilung der Löhne der Männer verstärkt. ◀

Information: Alexandra Spitz, spitz@zew.de

## Wirtschaftspolitik aus erster Hand



Karl Kardinal Lehmann im Gespräch mit ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz.

### Karl Kardinal Lehmann sprach am ZEW

■ Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz, referierte am 11. November 2002 zum Thema „Was die Gesellschaft im Innersten zusammenhält“ im Rahmen der ZEW-Vortragsreihe Wirtschaftspolitik aus erster Hand. ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz konnte etwa 400 geladene Gäste aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zum Vortrag begrüßen.

Die nächste Veranstaltung in der Vortragsreihe findet am 12. Februar 2003 statt. Referent ist dann der Wissenschaftsminister des Landes Baden-Württemberg, Prof. Dr. Peter Frankenberg. ◀

Information: Katrin Voß, voss@zew.de

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Frondel, Manuel; Schmidt, Christoph M.: *The Empirical Assessment of Technology Differences: Comparing the Comparable*, No. 02-63.

Laisney, François; Lechner, Michael: *Almost Consistent Estimation of Panel Probit Models with 'Small' Fixed Effects*, No. 02-64.

Beninger, Denis; Laisney, François: *Comparison Between Unitary and Collective Models of Household Labor Supply With Taxation*, No. 02-65.

Heinemann, Friedrich; Schüler, Martin: A

*Stigler View on Banking Supervision*, No. 02-66.

Schnabel, Isabel; Schnabel, Reinhold: *Family and Gender Still Matter: The Heterogeneity of Returns to Education in Germany*, No. 02-67.

Heinemann, Friedrich; Hüfner, Felix P.: *Is the View from the Eurotower Purely European? National Divergence and ECB Interest Rate Policy*, No. 02-69.

Fitzenberger, Bernd; Wunderlich, Gaby: *The Changing Life Cycle Pattern in Female Employment: A Comparison of Germany and the UK*, No. 02-70.

Fitzenberger, Bernd: *Verteilung, Differentiale und Wachstum – Eine Verdienstanalyse für Westdeutschland auf Basis der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung*, No. 02-71.

Czarnitzki, Dirk; Kraft, Cornelius: *Measuring the Impact of Innovation on Firm Value: A New Approach*, No. 02-73.

Czarnitzki, Dirk: *Research and Development: Financial Constraints and the Role of Public Funding for Small and Medium-sized Enterprises*, No. 02-74.

Lutz, Stefan H.: *Trade Policy: 'Political' vs. 'Economic' Factors*, No. 02-75.



### ZEW Wirtschaftsanalysen – Schriftenreihe des ZEW

Andreas Fier

#### Staatliche Förderung industrieller Forschung in Deutschland

Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen auf den internationalen Märkten ist in erheblichem Maße abhängig von ihren Hochtechnologie-Angeboten. Vor diesem Hintergrund unterstützt der Staat die deutsche Wirtschaft durch gezielte Maßnahmen der Forschungsförderung. Gleichzeitig sind die Wirkungsmechanismen und Effekte staatlicher Förderprogramme jedoch weitgehend ungeklärt. Gerade für die Forschungs- und Technologie-Politik (FuT-Politik) besteht jedoch die Notwendigkeit, staatliche Maßnahmen regelmäßig zu analysieren und zu optimieren, um Steuergelder effizient einzusetzen. Der vorliegende Band beschreibt die historische Entwicklung der deutschen FuT-Politik, klassifiziert Fördermaßnahmen und präsentiert moderne Verfahren zur Wirkungsanalyse von Politikmaßnahmen. Es wird gezeigt, dass die staatliche Förderung industrieller Forschung durchaus ihre Berechtigung hat. Die Untersuchungen basieren auf einem qualitativ herausragenden Datensatz, der erstmals private Innovationsdaten mit öffentlichen Förderdaten kombiniert. Die empirischen Auswertungen erfolgen unter Anwendung mikroökonomischer und stochastischer Verfahren.

Band 62, Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2002, ISBN 3-7890-8087-X

Dieses Buch kann auch online bestellt werden: [www.nomos.de](http://www.nomos.de)

## ZEW-Termine

### ■ Expertenseminare

*Wissensmanagement: Soziale Netzwerke und effektive Anreizsysteme als Grundlage des Wissensaustausches*, 12. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

*Präsentationen individuell gestalten*, 16./17. Dezember 2002, ZEW-Gebäude

*Mitarbeiterinsatz im Ausland*, 22. Januar 2003, ZEW-Gebäude

*Betriebliche Stoff- und Energieflussanalysen mit Computerunterstützung*, 27. Januar 2003, ZEW-Gebäude

*Diskrete Entscheidungsmodelle: Methodische Grundlagen für die Praxis*, 30. / 31. Januar 2003, ZEW-Gebäude

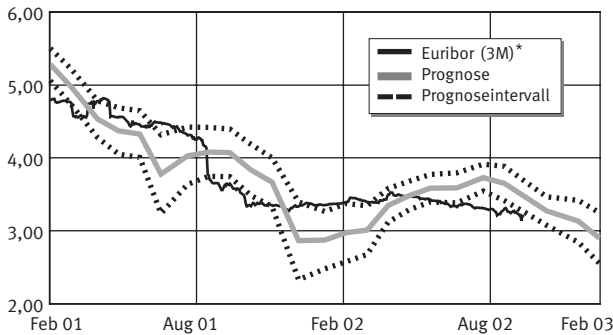
*Wettbewerbsanalyse*, 6. Februar 2003, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de)

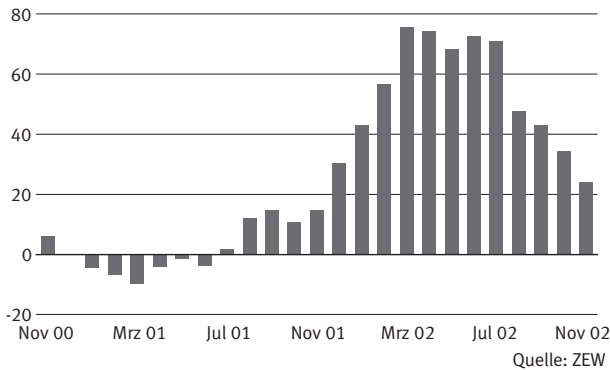
Wir senden Ihnen gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Daten und Fakten

### ZEW-Finanzmarkttest im November



Quelle: \*Thomson Financial Datastream; ZEW



Quelle: ZEW

#### ECB-Watch: Geldpolitischer Spielraum

Neben der Zinssenkung der Fed ist es vor allem der Absturz der Konjunkturerwartungen für Deutschland um 19,2 Punkte, der die Zinshoffnungen nährt. Die EZB kann und soll sich zwar nicht an der Konjunkturerwartung einzelner Mitgliedstaaten orientieren. Die deutsche Wirtschaftsmisere schlägt nun aber auch auf die Wachstumsmöglichkeiten der Eurozone durch: Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone haben sich – wenn auch moderater als für Deutschland – negativ entwickelt. Dies lässt die geldpolitischen Ampeln auf grün springen: Geringes Wachstum steht für nicht ausgelastete Kapazitäten und damit fallende Preise. Tatsächlich sinken die Inflationserwartungen für die Eurozone weiter.

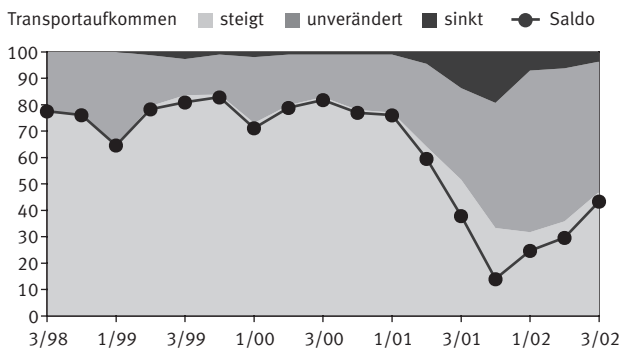
*Dr. Friedrich Heinemann, heinemann@zew.de*

#### Analysten sehen Konjunktur in Europa schlechter

Die Konjunkturerwartungen für den Euroraum fallen im November weiter um 10,1 Punkte und stehen nun bei 24,2 Punkten nach 34,3 Punkten im Oktober. Dies steht im Gegensatz zu den Erwartungen für die US-Konjunktur, die sich mittlerweile auf höherem Niveau stabilisiert haben. Ein Grund für die pessimistischen Erwartungen für den Euroraum mag in der schwachen deutschen Konjunktur liegen, die immerhin gut 30 Prozent der Wirtschaftskraft im Euroraum ausmacht. Außerdem sind die Hoffnungen der befragten Finanzanalysten auf eine Zinssenkung der Europäischen Zentralbank bisher nicht erfüllt worden. Die US-Notenbank hingegen hat die Zinsen im November erneut kräftig gesenkt.

*Felix Hüfner, hufner@zew.de*

#### Setzt der KEP-Markt Ende des Jahres wieder zum Höhenflug an?

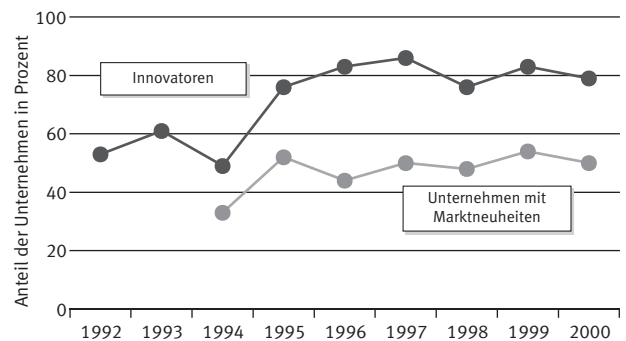


Quelle: ZEW

Im Jahr 2001 hatten die Experten des GLS-TransportmarktBarometers den Kurier-, Express- und Paketdiensten (KEP-Diensten) eine düstere Entwicklung vorhergesagt. Zwar war der Saldo von sinkenden und steigenden Aufkommenserwartungen stets positiv, doch rechneten knapp 20 Prozent aller Experten im vierten Quartal 2001 mit sinkenden Transportmengen. Seit Beginn 2002 ist wieder Optimismus eingekkehrt. Die Mehrheit der Experten ist zwar noch unschlüssig und geht von unveränderten Mengen aus, die Anzahl der Optimisten steigt jedoch von Quartal zu Quartal. So rechnen im dritten Quartal 2002 etwa 50 Prozent der Befragten wieder mit steigenden Mengen.

*Georg Bühler, buehler@zew.de*

#### Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik: Marktneuheiten verbreitet



Quelle: Mannheimer Innovationspanel, Befragung 2001

In der Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik hat im Jahr 2000 wieder ein sehr hoher Anteil der Unternehmen Marktneuheiten eingeführt. Während im verarbeitenden Gewerbe nur etwa 29 Prozent der Unternehmen den Kunden marktneue Produkte angeboten haben, waren es in dieser Branche 50 Prozent. Trotz eines Rückgangs um vier Prozentpunkte ist dieser Anteil immer noch höher als in allen anderen Branchen des verarbeitenden Gewerbes. Auch der Innovatorenanteil ist in der Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik mit gut 79 Prozent überdurchschnittlich hoch (verarbeitendes Gewerbe 62 Prozent).

*Tobias Schmidt, schmidt@zew.de*



## Super

# standpunkt

**A**uf Schritt und Tritt begegnen wir Superstars und Superprodukten. Es gibt Superminister, Supersprecher, Superpräsidenten, ja (angeblich) sogar einen Superweisen. Aber das Ende der Fahnenstange muss deshalb noch lange nicht erreicht sein. Einige Autofahrer tanken Super plus und wir hören von einer Supernova. Das bietet doch weitere Perspektiven, von einem Super-GAU erst gar nicht zu reden.

An Superlativen mangelt es im Koalitionsvertrag zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Bündnis 90/Die Grünen vom 16. Oktober 2002 nun wirklich nicht. „Mit der vollständigen Umsetzung der Vorschläge der Kommission ‚Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt‘ beginnen wir die größte Arbeitsmarktreform der Nachkriegsgeschichte“. Das ist ein Wort; vor allem wenn man den Satz wie geboten wörtlich nimmt, nämlich dass wir damit erst am Anfang durchgreifender Arbeitsmarktreformen stehen. Dabei kann die Bundesregierung auf vielfachen, indes nahezu einhelligen Rat zahlreicher in- und ausländischer Fachleute und Institutionen mit hoher Reputation zurückgreifen, sie braucht das Rad nicht neu zu erfinden. Auf die entsprechende Leistungsbilanz am Ende der Legislaturperiode darf man gespannt sein. Im übrigen sollte die Lohnpolitik folgende Erkenntnis im Koalitionsvertrag beherzigen: „Auch die Senkung der Lohnnebenkosten trägt zu mehr Wachstum und Beschäftigung bei“. Wohl wahr, aber das gilt auch für die Lohnkosten insgesamt. Arbeitskosten bleiben Arbeitskosten.

Zur Bildungspolitik heißt es: „Wir wollen in zehn Jahren an der Spitze der Bildungsnationen stehen ...“ und weiter: „Die Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern wollen wir zu ‚Leuchttürmen‘ der Wissenschaft mit internationaler Ausstrahlungswirkung weiterentwickeln“. Kleinmütig können diese Ziele der Bildungspolitik wirklich nicht genannt werden. Aber abgesehen davon, dass ein guter Teil der Bildungspolitik in den Zuständigkeitsbereich der Bundesländer fällt, schweigt sich der Koalitionsvertrag weitgehend darüber aus, wie diese ehrgeizigen

Zielvorgaben konkret erreicht werden sollen. Die Bildungspolitik wäre gut beraten, so weit wie möglich marktwirtschaftliche Instrumente zum Einsatz kommen zu lassen. Ein funktionstüchtiger Wettbewerb wird viele, obschon nicht alle Probleme lösen. Die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen wäre dann ebenso entbehrlich wie die Kultusministerkonferenz.

Des Weiteren erfahren wir: „Unsere ehrgeizige Klimaschutzpolitik setzen wir fort. Wir wollen und wir werden Vorreiter in Europa und weltweit bleiben“. Hatten es die Koalitionsparteien nicht eine Nummer kleiner? Hoffentlich führt die Vorreiterrolle in der Klimapolitik nicht dazu, dass Deutschland dieselbe Führungsposition beim Abbau von Arbeitsplätzen einnimmt, weil die betroffenen Unternehmen mangels internationaler Wettbewerbsfähigkeit schließen müssen oder ihren Standort ins weniger ambitionierte Ausland verlegen. Nichts spricht gegen einen effektiven Klimaschutz, aber viel gegen Beschäftigungseinbußen, weshalb eine harmonisierte Klimaschutzpolitik zumindest innerhalb der EU als die bessere Alternative erscheint.

Bei einigen Bekundungen des Koalitionsvertrags beschleicht so manchen Leser heitere Melancholie: „Unsere Finanzpolitik spielt eine wichtige Rolle für mehr Wachstum und Beschäftigung heute und trifft Vorsorge für morgen“. Einverstanden, die Steuerreform der letzten Legislaturperiode war – bei aller Detailkritik – ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie ist besser als ihr Ruf. Aber wie war das gleich: Rasen für die Rente (lies: Ökosteuer), Rauchen für die innere Sicherheit (lies: Tabaksteuererhöhung) und Sterben für die Bildung (geforderter Anstieg der Erbschaftsbesteuerung). Fiel das ebenfalls unter „Vorsorge für morgen“?

Alles super – oder was?

Wolfgang Franz

**ZEW**

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher